

# MIT WIRKT: VERANTWORTUNG FÜR DEN MITTELSTAND IM KOALITIONSVERTRAG

FORDERUNGEN DER MITTELSTANDS- UND WIRTSCHAFTSUNION IM KOALITIONS-  
VERTRAG VON CDU, CSU UND SPD FÜR DIE 21. LEGISLATURPERIODE (AUSWAHL)

## Unternehmertum

- Erleichterung von Gründungen: Gründerschutzzone, Reallabore, vereinfachte Gründung innerhalb von 24h als One-Stop-Shop
- Stärkung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung

## Investitionen und Innovationen

- Degressive Abschreibung für Ausrüstungsinvestitionen i.H.v. 30 Prozent
- Stärke Mobilisierung von privatem Kapital
- Stärkung Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand und KMU-Innovativ

## Bürokratierückbau

- Abbau von Bürokratiekosten um 25 Prozent
- Abschaffung des nationalen Lieferkettenpflichtensorgfaltsgesetzes
- „Once-Only“-Grundsatz. Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen sollen ihre Daten gegenüber dem Staat nur einmal angeben müssen.
- Bekenntnis zu einer digitalen Verwaltung mit antragslosen Verfahren, einem Bürgerkonto, und einem Zugang für Betriebe und Vereine
- Abschaffung von Schriftformerfordernissen
- „Digital-Only“ in der Verwaltung: Verwaltungsleistungen sollen unkompliziert digital über eine zentrale Plattform („One-Stop-Shop“)
- Abschaffung der Bon-Pflicht
- Verhinderung unnötiger Belastungen durch die europäische Ebene (Entwaldungsverordnung, Taxonomie, Nachhaltigkeitsberichterstattung, Lieferkettensorgfaltspflicht, CO2-Grenzausgleichsmechanismus)

## Arbeit und Soziales

- Bürgergeld wird abgeschafft und durch „Neue Grundsicherung für Arbeitssuchende“ ersetzt
- Bundesagentur für Arbeit auf Kernaufgabe „Vermittlung in Erwerbsarbeit“ zurückführen
- Wöchentliche statt werktägliche Höchstarbeitszeit
- Vertrauensarbeitszeit ohne Zeiterfassung
- Frühstart-Rente und Stärkung betriebliche Altersversorgung
- Gründerfreundliche Vorsorgepflicht für Selbständige mit Opt-out
- Mutterschutz für Selbständige
- Erweiterung des Ausnahmekatalogs nach § 10 Arbeitszeitgesetz für Sonn- und Feiertagsbeschäftigung um das Bäckereihandwerk

## Gesundheit und Pflege

- Beitragssätze in der Kranken- und Pflegeversicherung sollen durch tiefgreifende strukturelle Reformen stabilisiert werden
- Der Missbrauch bei telefonischen Krankschreibungen soll verhindert werden
- Die Patientensteuerung durch hausarztzentrierte Versorgung soll verbessert werden
- Pflegeversicherung reformieren, insbesondere nachhaltige Finanzierung

## Energie und Klima

- Emissionshandel bleibt das zentrale Leitinstrument
- Negative Emissionen werden auf die Klimaziele angerechnet
- Nutzung von CO<sub>2</sub>-Abscheidungs- und Speicherungstechnologien (CCS) und auch Nutzungstechnologien (CCU)
- Wirksamer Carbon-Leakage-Schutz zum Erhalt der industriellen Wertschöpfung
- Nutzen aller Potenziale von erneuerbaren Energien (Sonne und Wind, Bioenergie, Geothermie, Wasserkraft plus grüne Moleküle)
- Energiepreise werden für alle Verbraucher und Betriebe um 5ct/kWh gesenkt
- Abschaffung der Gasspeicherumlage
- Langfristlieferverträge für Gas
- Nutzung heimischer Gaspotenziale
- Deckelung der Netzentgelte

## **Steuern und Finanzen**

- Senkung der Körperschaftsteuer in drei Schritten um jeweils 1% senken
- Rechtsformneutrale Besteuerung/Optionsmodell
- Steuerliche Anreize für Mehrarbeit und für längere Lebensarbeitszeit
- Überprüfung aller Subventionen

## **Freihandel**

- Abschluss weiterer EU-Handels- und Investitionsabkommen
- Überarbeitung Außenwirtschaftsgesetz zur Beschleunigung von Prüfverfahren
- Vereinfachung und Beschleunigung von Ausfuhrgenehmigungen
- Flexibilisierung klimapolitische Sektorleitlinien

## **Besonders kritische Punkte aus Sicht der MIT**

### Arbeit und Soziales

- Haltelinie beim Gesamtsozialversicherungsbeitragssatz oder zumindest in Richtung der 40 Prozent-Marke fehlt.
- Absicherung Rentenniveau bei 48 Prozent bis 2031 und Beibehaltung „Rente mit 63“
- Keine Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters
- Begrenzung der Westbalkanregelung (geht am Bedarf des Arbeitsmarkts vorbei)

### Bauen und Wohnen

- Verlängerung der Mietpreisbremse
- Verpflichtende Elementarschadenabsicherung, Opt-out wird nur geprüft.

### Bürokratie

- Registrierkassenpflicht für Geschäfte mit einem Umsatz von über 100.000 Euro p.a.

### Energie

- Kein Überprüfung der Nutzung der verbleibenden Kernkraftwerke

### Steuern und Finanzen

- Beibehaltung des Solidaritätszuschlags
- Später Einstieg in Körperschaftsteuerreform

- Einkommensteuersenkung nur unter Vorbehalt und nur für kleine und mittlere Einkommen